

Tagesordnungspunkt 8

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 30. Januar 2013

Ausländer ohne Grundsicherungsanspruch

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

- Können alle wohnungslosen Ausländerinnen und Ausländer während der kalten Jahreszeit bei der Heilsarmee übernachten?
- Ist eine Familienunterbringung möglich?
- Bestehen ausreichend kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten für Frauen aus Osteuropa?
- Wie viele Nächte können Selbstmelder dort übernachten? Müssen sie einen Eigenanteil bezahlen?
- Wieso dürfen während der restlichen Jahreszeit nur Ausländer, die einen Rechtsanspruch auf Grundsicherung haben, bei der Heilsarmee übernachten?
- Wieso besteht keine Grundversorgung mit Lebensmitteln für wohnungslose Ausländer ohne Grundsicherungsanspruch mit Ausnahme des Mittagstisches in Kindergärten und Schulen?

Begründung

Auch im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße fällt immer häufiger auf, dass Ausländer, die keine Grundsicherung erhalten und bei der Heilsarmee nicht übernachten dürfen, im Freien z.B. hinter Büschen, in Hauseingängen, unter überdachten Flächen und in Plastik- und Papiercontainern übernachten. In Abfallbehältern und Müllcontainern suchen sie nach Essbarem und in Fastfood-Restaurants nehmen sie nicht Aufgegessenes mit. Es gibt inzwischen im Westend einige Gemüsehändler, die nicht mehr verkäufliche Ware für diese Menschen auf den Bürgersteig stellen.

In Schlafstätten Bett an Bett wird ihre Notsituation von geldgierigen Vermietern schamlos ausgenutzt. Wer Glück hat kommt bei Freunden, Bekannten oder Verwandten unter und wird mitversorgt. Es ist keine Seltenheit im Westend, dass mehr als sechs Personen in einer 50-m²-Wohnung hausen müssen.

Zum Überleben sind diese Menschen, die keine Arbeit finden und von der Grundsicherung ausgeschlossen sind, gezwungen, ihren Lebensunterhalt unter anderem als Straßenmusiker, Bettler, Prostituierte oder mit Armutskriminalität zu bestreiten. Auch von der Tafel erhalten

sie nichts. Wir stellen fest, dass es sich hier größtenteils um EU-Ausländer aus Polen,
Rumänien und Bulgarien handelt. Ihre Zahl nimmt ständig zu.

Beschluss Nr. 0013

Aus Zeitgründen wird die Behandlung des Beratungsgegenstandes bis zur nächsten Sitzung
am 13. März 2013 vertagt.

+

+

Verteiler:

100230 z.w.V.

Bischoff
Ortsvorsteher